

gewesen; denn wenn ich, ruft er aus, meinen Verstand gehabt hätte, hätte ich Jeden getroffen, auf den ich gezielt. Der Untersuchungsrichter Stadtgerichtsrath Jöhl, machte ihn darauf aufmerksam, daß es sein Wille einzig und allein gewesen, den Kaiser zu erschließen, ihm aber dies, dem Himmel sei Dank, nicht geglikt. — Hödel gab in seinem Verhör am Montag auch einen Radlergefellten Baumann, der in einer Gefellenherberge resp. in der Krausenstraße 11, wohne, als Zeugen an, dem er mitgeteilt, daß er sich erschließen wolle. Dieser Baumann, der noch Montag Abend zum Dienstag geladen wurde, äußerte dem Voten, der ihm die Vorladung überbrachte, in nicht allzu feiner Weise: „Morgen kann ich nicht, da verlasse ich Berlin; ich reise schon früh ab.“ Der Rantius machte ihn darauf aufmerksam, daß er, wenn er nicht erscheine, schon gefunden würde und verließ den Radler.

Von anderer Seite wird gemeldet: Der Attentäter ist bis jetzt noch immer zu keinem Geständnis zu bewegen. Er hatte den Dienstag zwei Confrontationen zu bestehen; zu beiden wurde er, an Händen und Füßen gefesselt, geführt und trat stets mit einem lauten „Schönen guten Morgen“ ein. Als er am Nachmittag von dem Untersuchungsrichter Herrn Stadtgerichtsrath Jöhl herauskam, lachte er ganz laut auf. Als ihm die Aussagen des Registrators Herrn Köhler, sowie mehrerer anderer Zeugen vorgehalten wurden, welche mit Bestimmtheit behaupteten, daß er den Lauf seines Revolvers auf das Haupt des Kaisers gerichtet habe und daß die Zeugen diese ihre Aussagen beschworen hätten, bemerkte er und zwar in Gegenwart aller dieser Zeugen: „Die können mich beschwören. Ich schwöre alle Tage was Sie wollen und was Sie nicht wollen.“ Die Aussagen des Kaisers und der Frau Großherzogin von Baden sind bereits am Montag zu den Acten eingereicht worden.

Der „B. B. C.“ theilt folgendes mit: Die Frau Großherzogin von Baden hat im Kreise der königlichen Familie und auch zu anderen Personen, die den Verzug hatten, sie zu sprechen, sich dahin geäußert: „Sie habe mit großer Genauigkeit gesehen, wie Hödel aus einer Entfernung von vier oder sechs Schritten den Revolver gegen den Kaiser abgefeuert und wie er direct auf ihren Vater gezielt habe; es sei ein Wunder, daß die Kugel nicht getroffen habe.“ Diese eine Aussage wird vermuthlich genügen, das ganze Vertheidigungs-System über den Hauden zu werfen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Frau Großherzogin im Palais als Zeugin vernommen, und daß ihre Aussage im Protokoll aufgenommen werden wird.

Die „Tribüne“ schreibt: Es ist uns aus sicherer Quelle bekannt geworden, daß die erste Kugel des Attentäters so dicht an der Stirn des Kaisers vorüberflog, daß dieser, auffpringend, mit dem Rücken der linken Hand über die Stirn fuhr in dem Glauben, er sei verwundet.

Der Kanonier Hugo Speer des schlesischen Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 6 sagte, wie man der „Post“ mittheilt, den Lehmann, der sich eben von einer Frau, die ihn festhalten versucht hatte, losgerissen und einem Herrn entgegenstürzte, am Hals und hielt ihn so lange fest, bis die Schupente zur Stelle waren. Bevor die Schupente eintrafen, nahm der Leibjäger dem Mörder die Papiere ab.

Auffällig erscheint es, daß die von Hödel abgeschossenen Kugeln nicht aufgefunden worden sind. In einer so lauberen Straße, wie die Linden, und bei so vielen Augen, die danach suchten, hätte doch wenigstens eine Kugel von den vieren zum Vorschein kommen müssen. Der Fundort der Kugeln würde auch wesentlich zur Klarstellung des Veranges selbst beitragen.

Zu dem Verhalten der socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage bei der Ovation für den Kaiser in der gestrigen Sitzung wird noch folgendes gemeldet:

Der Abgeordnete Fritzsche, über sein und seines Fraktions-Genossen Rittinghausen Verhalten bei der im Reichstage stattgehabten Ovation für glückliche Errettung des Kaisers befragt, erklärte, die socialdemokratische Partei habe durch die Anwesenheit der genannten beiden Mitglieder, ihren Abscheu über die ruchlose That des Hödel ausdrücken wollen. In das Hoch auf den Kaiser einzustimmen habe ihnen ihr Parteiprincip nicht gestattet. Es muß bemerkt werden, daß die Herren Fritzsche und Rittinghausen, um die Aufforderung des Präsidenten v. Herdenberg, sich zu Ehren Sr. Maj. von den Plätzen zu erheben, zu umgehen, ihre Plätze gar nicht eingenommen hatten, sondern zwischen den Säulen promenirten.

Eine Rundgebung, die eben so rührend in ihrer Naivität wie erwähnenswerth wegen der sonst dabei in Betracht kommenden Umstände ist, mag auch noch hier ihren Platz finden. Sie datirt aus Straßburg und wird von da in folgender Fassung mitgeteilt: Ein Officier befragt in einem Freizeitladen das auf unseren Kaiser verübte Attentat. Da mischt sich ein alter Elsäßer, anscheinend ein Bauer, der in dem Laden ist, in das Gespräch mit den Worten: „Ach Herr Officier, den Kaiser bewahrt der liebe Herrgott. Was denkt sich denn solcher Kerl? Glaubt er, daß unser Herrgott den Kaiser hat 82 Jahre alt werden lassen, damit solch' Lumpenknecht ihn todtschießt? — Der alte Kaiser ist beglikt.“

Der Präsident des Senates von Bremen hat am Sonnabend, sofort nachdem er die Nachricht von der Errettung des Kaisers erhalten hatte, ein Glückwünschtelegramm abgefaßt.

Die in Karlsruhe weilenden deutschen Curäste haben anlässlich der glücklichen Errettung des Kaisers Wilhelm aus Lebensgefahr in der evangelischen Kirche einen Dankgottesdienst veranstaltet.

Ähnliche Rundgebungen werden von zahlreichen deutschen und außerdeutschen Orten gemeldet.

### Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 15. Mai.

Es heißt, die Rückkehr des Reichskanzlers sei nunmehr in nächster Zeit, vielleicht schon Ende dieser Woche zu erwarten. Der Leibarzt des Fürsten, Dr. Strud, ist aus Friedrichsruhe wieder in Berlin eingetroffen und hat sehr beruhigende Nachrichten über das Befinden des Reichskanzlers mitgebracht. An den Geschäften des Reichstags wird sich Fürst Bismarck jedoch kaum noch oder nicht mehr viel betheiligen können. Die Arbeiten werden bis dahin so gefördert sein, daß nur noch die letzte Abwidelung einer Reihe von Geschäften bevorsteht. Auch die Tabakquetenvorlage dürfte bis dahin die zweite Lesung passirt haben und damit bereits vor dem Eintreffen des Reichskanzlers das Schicksal dieses Gesetzes entschieden sein. Die zweite Lesung der Enquetevorlage wird wohl Freitag stattfinden. Die nächste Woche, die letzte dieser Session, wird dann vorzugsweise mit dritten Lesungen ausgefüllt werden. Die Abgeordneten drängen auf Verhastung dem Schluß der Beratungen entgegen und es machen sich hier und da auch bereits wieder bedenkliche Anzeichen einer zweifelhaften Beschlußfähigkeit geltend.

Als Nachfolger des Grafen Otto zu Stolberg-Bernigerode als Botschafter in Wien wird der „R. Z.“ zufolge Graf Lehndorff, General und Flügeladjutant Sr. Majestät des Kaisers, ernannt werden. Der „Reichsanzeiger“ schreibt: In mehreren Zeitungen fand sich vor einigen Tagen die dem „Hirchischen Telegraphen-Bureau“ angeblich aus Konstantinopel zugekommene Mittheilung abgedruckt, daß am 3. d. M. Abends in Salata eine große Schlägerei zwischen Matrosen der dort stationirten deutschen und britischen Kriegsschiffe stattgefunden habe und in Folge dessen die Commandanten dieser Schiffe ihren Mannschaften verboten hätten, an ein und denselben Tage auszugehen. Nach amtlichen Nachrichten ist in Konstantinopel von einer solchen Schlägerei Nichts bekannt.

Nach einer Meldung der „Presse“ aus Bulgarest sehen die Russen ihre Vorrückung gegen die in der kleinen Wallachei concentrirte rumänische Armee von Osten und Süden aus; die von Kronstadt durch den Turzburpaß nach Pitestsch führende Straße wurde von den Russen verlegt und gleichzeitig werden in Widin russische Truppen concentrirt; russisch-Bessarabien ist von den Russen bereits gänzlich besetzt. — Der zur Zeit in Bulgarest weilende rumänische Agent in Petersburg, Ghila, dürfte kaum mehr dahin zurückkehren, da die Verhandlungen wegen der russisch-rumänischen Convention vollkommen abgebrochen sind. Die Lage ist sehr ernst.

Das österreichische Consulat zu Moskau wurde telegraphisch verständigt, daß österreichische Unterthanen in Folge eines Einfalles bosnischer Insurgenten in Bergobac sich nach Jubaufsch flüchteten und den Schutz des Consuls anrufen hätten. Unter der Bevölkerung jener Gegend herrsche eine wahre Panik; der türkische Consul, von dem Consulate benachrichtigt, habe sofort eine Abtheilung türkischer Truppen nach Jubaufsch beordert.

Die Pariser Journale besprechen, mit Ausnahme einiger ultraradicaler Blätter, das gegen den Kaiser Wilhelm verübte Attentat in einer Weise, die unsere aufrichtige Anerkennung verdient.

Ein im „Journal des Debats“ veröffentlichter Brief des Generals Larr über diplomatische Vorgänge im Jahre 1870 ergänzt die Enthüllungen des Prinzen Napoleon, macht jedoch wegen seines fernliegenden Interesses nur in engem politischen Kreise einig Aufsehen. Mehr Beachtung verdient der letzte Artikel der „Debats“, der in einem Rückblick auf die russisch-französische Politik des Herzogs Decazes entwickelt, daß die jetzige französische Politik diese auf unbegrenzter Furcht vor deutschen Angriffen beruhende Haltung aufgegeben hat und eine auf Vertrauen begründetes Verhältnis mit Deutschland und England anstrebe. Man hält den Artikel für einen berechneten offiziellen Wink an Russland. Die Nachrichten lauten allgemein günstig für eine friedliche Lösung des russisch-englischen Conflicts.

Wie aus Rom gemeldet wird, wird der Papst zu dem nächsten Consistorium, das im Laufe des Monats Juni abgehalten werden soll, die Nuntien von Wien, Paris, Madrid und Lissabon nach Rom berufen und sie zu Cardinälen ernennen.

Wie bereits gemeldet, ist der Carl Ruffell sehr schwer erkrankt und gibt sein Zustand in dem schlimmsten Beforgnisse Anlaß. Graf Ruffell ist 1792 geboren als dritter Sohn des Herzogs von Bedford. Von 1830 — 1866 ist er wiederholt Mitglied der verschiedenen Whigregierungen gewesen und hat in dieser Stellung sowie als Mitglied des Parlaments in lebhafter Weise für die liberale Entwicklung des staatlichen und kirchlichen Lebens Großbritanniens und Irlands gewirkt. Noch vor wenigen Tagen widmete ihm die Presse seines Landes Dankartikel in Erinnerung an die von ihm vor fünfzig Jahren erkämpfte Aufhebung der Testacte, durch welche alle Nichtstaatsbürgerlichen von dem Heer und Staatsdienst ausgeschlossen waren. Die nonconformistischen Geistlichen hatten zu Ehren des Tages (9. Mai) eine Deputation behufs Ueberreichung einer Adresse an ihn abgefaßt, doch war er so leidend, daß er die Abgesandten nicht persönlich empfangen konnte; Lady Ruffell mußte stat seiner die Adresse in Empfang nehmen.

Die „Times“ demontirt ihre eigene Meldung, daß die Türken die Räumung der Festungen beschlossen hätten und fügt hinzu, daß bisher keine diebezüglichen Abmachungen getroffen worden seien.

Auch eine türkische Meldung besagt: Die Verhandlungen wegen Räumung der Festungen durch die Türken und wegen des gleichzeitigen Rück-

zuges der russischen Truppen von San Stefano sind bisher resultatlos geblieben.

Gerüchtwiese verlautet, Graf Schuwaloff werde auf seinen Posten nicht wieder zurückkehren, sondern den Posten des Ministers des Auswärtigen einnehmen, welchen der Reichskanzler in Folge seiner hohen Jahre und seiner zerrütteten Gesundheit verlassen werde. Als Candidaten zu dem Botschafterposten in London nennt man den Fürsten Borozow, den Commandeur des X. Corps. Er steht zu der englischen Aristokratie in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen.

Nach einer Notiz, die sich in der Wiener „Presse“ abgedruckt findet, ist in dem Befinden des Fürsten Gortschaloff eine Verschlimmerung eingetreten, welche das Ableben desselben als nahe bevorstehend erwarten lasse. Die Nicht sei in die Brustorgane getreten und befinde sich der Fürst in einem Zustande der Letzstage, welche ihn bereits seit drei Tagen völlig theilnahmslos für äußere Vorgänge gemacht habe. Der Kaiser lasse sich dreimal täglich nach dem Befinden des Reichskanzlers erkundigen. Eine erste Wendung in dem Leiden des Reichskanzlers stand bei dem hohen Alter desselben immer in dem Bereiche der Möglichkeit. Wie weit die vorstehenden Meldungen gerade den Thatsachen entsprechen, müssen wir dahingestellt sein lassen.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Russen werfen in der Umgebung von San Stefano neue mit Geschützen armirte Verschanzungen auf. Ein in San Stefano unter dem Vorhänge des Generals Tolleben abgehaltener Kriegsrath hat beschlossen, die Räumung Schumlas bei der Fronte energisch zu betreiben. Ein Rückzug über Tschatalja hinaus wird von dem russischen Hauptquartier nicht in Aussicht genommen. — Die Insurgenten im Rhodope-Gebirge haben durch Albanesen namhafte Verstärkungen erhalten; neue Kämpfe werden aus dem infurgirten Gebiet gemeldet. Die Bemühungen der Beschwichtigungs-Commission sind bisher ohne Resultat geblieben. Der Gesundheitszustand in Philippopol und Adrianopel hat sich neuerdings verschlimmert.

Aus New-York, 14. Mai, wird telegraphirt: Nach aus Canada eingelangten Nachrichten haben die dortigen Behörden gegen jeden Versuch, einen Einfall der Feinde zu Wege zu bringen, militärische Vorkehrungsmaßregeln ergriffen.

Leipzig, 15. Mai. Wenige Tage vor dem Attentat auf den Kaiser äußerte sich einer der socialistischen Hauptagitatoren, der Abg. Wolf, im Reichstage bei der Beratung der Gewerbegesetznovelle und zwar aus Anlaß der von den Socialdemokraten verlangten Einführung eines Normalarbeitstages, wie wir dem stenographischen Bericht entnehmen, in folgender Weise: „Seht bilden die Arbeiter ganz Deutschlands auf Sie; die deutschen Arbeiter erwarten aber auch von Ihnen, daß endlich eine Maximalarbeitszeit festgesetzt werde, weil sie der Meinung sind, daß man, wo die Gewerbeordnung reformirt werden soll, doch nicht wiederum etwas Halbes aus der Gesetzgebungsstube hervorbringen dürfe. Daß weder die Regierung noch die Commission einen darauf hinzielenden Vorschlag gemacht haben, halte ich allerdings für sehr schämen, aber ich denke, es ist immer noch Zeit, die nöthigen Zusätze in das Gesetz zu bringen. Es ist sonderbar, daß gerade die Socialdemokraten, die man als die Revolutionäre kennt, sind, welche Ihnen hier den Weg der Reform so dringend an das Herz legen. Sie thun dies eben deshalb, weil sie überzeugt sind, daß bei den ewaldenden sozialen Mißständen nur zwei Wege offen sind, die zum Ziele führen können, der Weg der Reform und der der Revolution, und wir wünschen nicht, daß der letztere beschritten wird, denn wir halten ihn für einen sehr bedenklichen, für einen Weg, unter dem die Gesamtheit, also auch die Arbeiterschaft, ganz entschieden zu leiden haben könnte. Daher verlangen wir aber auch ganz energisch, daß der Weg der Reform rechtzeitig eingeschlagen werde, weil wir allerdings andererseits auch der Ueberzeugung sind, daß so oft die Revolution nicht ausbleiben wird.“

Die Herren lassen uns also nur die Wahl zwischen „Reform“, d. h. der Reform, welche die Socialdemokratie anstrebt und uns zu dictiren für gut findet, und Revolution. Man droht offen mit dieser und spielt mit dem Feuer, und kommt es dann zu gewaltthätigen Ausbrüchen, so wäscht man seine Hände in Unschuld. So machen es die Socialisten jetzt mit dem Hödel'schen Attentat. Erst hegen und schüren sie aus Leibesträften, und hinterher bilden sie ganz unschuldig drein. Die Mohrenwäusche wird ihnen aber nicht gelingen; wir tennen unsere Pappenheimer.

### Reichstag.

Berlin, 14. Mai. In der heutigen Sitzung stand zunächst die Interpellation des Abg. Windthorst über das Pferdeausfuhrverbot auf der Tagesordnung. Der Interpellant begründete die Anfrage, ob und wann das durch kaiserliche Verordnung vom 7. Juli vor. 3. angeordnete Pferdeausfuhrverbot aufgehoben werden wird, mit der Ausführung, daß eine dringende Nothwendigkeit für die Aufrechterhaltung dieses Verbots nicht mehr vorliege, daß die Pferdezahl erheblich darunter leide und damit auch die Wehrkraft des Landes geschädigt werde, und daß die dem Königsberger Parte gewährte Ausnahme im Interesse der Gerechtigkeit auch anderen Märkten zu gewähren sei. Der Präsident des Reichskanzleramts, Hofmann, wies dagegen auf die ungeniem milde Ausführung des Verbots hin, welches lediglich als eine Controlmaßregel zur Constaturung etwaiger Massenankäufe für fremde Regierungen gehandhabt werde, und erklärte es gegenwärtig noch nicht für thunlich, das Verbot aufzuheben. Bei der Besprechung der Interpellation erklärt der Abg. Bamberger das Verbot für einen großen Fehler, der die Pferdezahl und die Wehrkraft beeinträchtigen müsse, ist aber doch aus politischen Gründen zweifelhaft, ob in dem heutigen kritischen Augenblicke das Verbot aufzuheben sei; man könnte darin im Auslaube leicht ein politisches Moment zu Gunsten des Kriegs erkennen. Auch Abg. v. Sauten-Julienfeld befragt die Reichsregierung, ob sie bereit sei, die durch das Verbot zugefügt worden, wogegen der Kriegsminister v. Kamel die Maßregel damit rechtfertigt, daß eine sorgfältige Berechnung der Militärverwaltung zu der Befürchtung Anlaß gegeben habe und gebe, daß wir bei der in Aussicht stehenden massenhaften Ausfuhr leicht in Folge einer Mobilmachung selbst an guten Pferden Mangel leiden könnten. Nach einigen kurzen Schlussworten des Abg. Windthorst ist die Interpellation erledigt. — Sodann begründete der Abg. Windthorst seine weitere Interpellation, ob wann ein Gesekentwurf betreffend, den Vollzug der Freiheitsstrafen, zu erwarten sei. Er führte für die Dringlichkeit eines solchen Gesetzes hauptsächlich die Mißstände an, die sich bei der Abhandlung der politischen und Freizeugehen ergeben hätten. Staatssecretair Dr. Friedberg theilte darauf mit, daß im Reichsjustizamt bereits ein Entwurf ausgearbeitet ist, der am 3. Juli einer Besammlung von Strafanstaltsbeamten zur Begutachtung vorgelegt werden soll. Es folgte die Beratung des Antrags auf Einstellung des gegen den Abg. Wolf anhängigen Strafverfahrens. Es konnte nicht fehlen, daß bei der andauernden Erregung der Gemüther bei dieser Gelegenheit das Attentat in die Debatte gezogen wurde. Der Abg. Bessler bekämpfte den Antrag, die Abgg. Koster, Windthorst, Richter und v. Helldorf warnten aber davor, die persönliche Stimmung in die objective Beurtheilung des Gegenstands hineinzutragen und in der Erregung von dem bisher stets befolgten Regel abzugehen. Der Abg. Rittinghausen protestirte energisch dagegen, daß man das Attentat mit den socialdemokratischen Bestrebungen in Verbindung bringe. Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Eine längere Debatte, an der sich die Abgg. Rehm, Koster, v. Kardorff, Bamberger theilnahmen, erlosch sodann über den Handelsvertrag mit Rumänien, sie streifte natürlich auch das Gebiet der allgemeinen Zoll- und Handelspolitik, drang aber doch nicht tief in diese hochwichtige Frage ein. Der Vertrag wurde an eine Commission von sieben Mitgliedern zur schleunigen Berichterstattung überwiesen, und alsdann noch der Auslieferungsvertrag mit Schweden-Norwegen in erster Lesung durchberathen.

Die Ausführungen des Kriegsministers v. Kamel über das Pferdeausfuhrverbot lauteten:

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß aus der Militärverwaltung sich durchaus bewußt ist, daß das Pferdeausfuhrverbot einen außerordentlich wichtigen Industriezweig des deutschen Reichs auf Empfindlichkeit stellt. Die Verwaltung hat mit allen ihren Bedrückungen das Interesse, nämlich, daß der Pferdebestand unseres Landes möglichst gemehrt und geübert werde. Daraus geht schon hervor, daß dieses Verbot nur mit dem allerhöchsten Verstande entschlossen haben kann, ein Ausfuhrverbot zu beantragen. In Zwang ist aber eben größer gewesen, als der Wunsch, es nicht zu thun. Wenn ein Moment eintritt, wie im vorangehenden Jahre, wo zwei große Staaten eine große Anzahl von Pferden zu kaufen geneigt sind, wenn ihrer Kriegszwecke, wenn zugleich mehrere Staaten mit großem Pferdeerichtum Ausfuhrverbote erlassen, so ist es ganz natürlich, daß jene die Augen auf das Land werfen, wo noch Pferde zu haben sind, nämlich auf Deutschland; und wenn der Militärverwaltung dann jemals deutlich an die Hand gegeben wird, daß eine große Zahl von Contracten über die Lieferung tüchtiger kriegsbrauchbarer Pferde abzuschließen stehen soll, so muß sie sich die Rechnung machen, ob sie nicht selbst im Falle der Mobilmachung an tüchtigen Pferden Mangel leiden werde. Auf dem Wege dieses Bedenkens ist das Pferdeausfuhrverbot zu Stande gekommen. In den fremden Staaten sind seit jener Zeit die Ausfuhrverbote nicht zurückgenommen worden. Die Interpellationen und Anträge im preussischen Abgeordnetenhaus haben die Regierung veranlaßt, nochmals die Verhältnisse zu revidiren. Indessen hat sich ergeben, — es liegt ja, Gott sei Dank! mit mir — das es die Pflicht desjenigen ist, der auch für die Zukunft alles in Bereitschaft halten muß, darauf zu dringen, daß das Verbot aufrecht erhalten bleibe, daß der Friede vollkommen wieder hergestellt ist. Es ist wahr, daß das Reichskanzleramt und zwar in vollem Rechte Ausnahmen von dem Verbot gestattet; denn es ist ja nicht die Absicht, die Frucht der jungen Pferde zu treffen, sondern nur die Ausfuhr kriegsbrauchbarer Pferde. Es kann sich also lediglich darum handeln, den Stand der kriegsbrauchbaren Pferde zu erhalten. Daß wir alles andere Kriegsmaterial, wie Pulver, Geschütze, Gewehre etc. ausführen lassen, liegt daran, daß wir damit vollauf versehen sind, und wäre der Pferdebestand in Preußen größer, so würde die Militärverwaltung der Ausfuhr derselben kein Hinderniß in den Weg gelegt haben. Sie dürfen mit der größten Zuversicht darauf rechnen, daß die Militärverwaltung, sobald der scheinende Nothstand gehoben ist, aus eigener Initiative die Aufhebung des Pferdeausfuhrverbots beantragen wird.

Aus der Debatte über den Antrag der Abgg. Fritzsche und Gen., betr. die Einstellung des gegen den Abgeordneten Wolf bei dem Stadtgericht zu Berlin wegen Verleumdung der evangelischen Geistlichkeit anhängigen Strafverfahrens, sei noch folgendes mitgeteilt:

Abg. Dr. Bessler tritt dem Antrage entgegen. Wenn auch das Hans bisher solchen Anträgen stets zugestimmt, so sei doch der vorliegende Fall ein solcher, daß er bitten müsse, die Zustimmung nicht zu ertheilen. Es sei bekannt, daß der Abgeordnete Wolf seit längerer Zeit in Berlin eine Agitationsfähigkeit entfaltet, die darauf ausgeht, die bestehende Ordnung umzustürzen. Wenn derselbe bei einer solchen Thätigkeit deren Folgen mit uns in diesen Tagen das ganze Land befragt, mit dem Strafgericht in Conflict kommt, so glaubt Bessler nicht, daß sich das Hans unter diesen Umständen einen Eingriff in die rechtliche Thätigkeit gestatten dürfe. Das deutsche